

AMT UNTERSPREEWALD

Beschlussvorlage



☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Datum der Sitzung	TOP
Amtsausschuss	16.09.2025	7

Beratungsgegenstand: Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes des Amtes Unterspreewald für den Zeitraum 2025-2030

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Herr Kehling - Amtsdirektor	19-2025	02.09.2025

A. Beschlussvorlage:

Der Amtsausschuss beschließt:

den als Anlage beigefügten Gefahrenabwehrbedarf des Amtes Unterspreewald von 2025-2030.

Begründung der Beschlussvorlage:

Die Kommunen des Landes Brandenburg sind nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG) vom 24. Mai 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 09], S.197) in der zurzeit gültigen Fassung, dazu verpflichtet, eine Gefahren- und Risikoanalyse zu erstellen, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Schutzziele festzulegen und diese in einem Gefahrenabwehrbedarfsplan zusammenzufassen. Aus diesem ergibt sich dann die notwendige Personal- und Sachausstattung der Freiwilligen Feuerwehr, sowie die erforderliche Löschwasserversorgung innerhalb des Amtsgebietes. Die Ursprungsversion des Gefahrenabwehrbedarfsplanes des Amtes Unterspreewald wurde im Oktober 2019 erstellt und im Jahre 2020 vom Amtsausschuss bestätigt.

Da der Gefahrenabwehrbedarfsplan alle 5 Jahre fortgeschrieben werden muss, um diesen an die sich ändernden, örtlichen Verhältnisse anzupassen und der Forderung des Landkreises Dahme-Spreewald entsprechend nachzukommen, wurde die Firma Ignem, Marie-Curie-Straße 3, 50321 Brühl mit der Aufstellung beauftragt. Diese legte nunmehr den als Anlage beigefügten Gefahrenabwehrbedarfsplan zur Bestätigung vor. Dabei wurde die Verwaltung sowie die Amtswehrührung im Rahmen der Erstellung regelmäßig durch Sachstandsberichte und Abstimmungsgespräche in den Erstellungsprozess eingebunden.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja Nein
☐ Ertrag ☒ Aufwand ☒ Investition Höhe nicht bezifferbar

1. Im Produktsachkonto (Ergebnis- und Finanzhaushalt) sind Mittel in Höhe von €, im HHJ, eingestellt.

2. Die Maßnahme verursacht Folgekosten: ☒ Ja (z.B. Abschreibung + Wartung)
☐ Nein

☐ Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart.

3. Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto	_____	in Höhe von	_____	€
noch verfügbare Mittel			_____	€
Vergabevorschlag			_____	€.

Anlagen

Gefahrenabwehrbedarfsplan

Datum

Unterschrift des Amtsdirektors:
Marco Kehling

B. Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage
oder
Ablehnung der Beschlussvorlage**

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

	Sichtvermerk	
Datum/Unterschrift Vorsitzende/r	Datum/Unterschrift Amtsleiter/in	Datum/Unterschrift Amtsdirektor